

MEHRHEIT FÜR ENERGIEPREISDECKEL UND ÜBERGEWINN- STEUER

ERGEBNISSE EINER
REPRÄSENTATIVEN BEFRAGUNG



MARIO CANDEIAS, EVA VÖLPEL UND UWE WITT

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

EVA VÖLPEL ist Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik am IfG.

UWE WITT ist Referent für Klimaschutz und Strukturwandel am IfG.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-53-9 · Redaktionsschluss: August 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

FÜR EILIGE LERSER*INNEN

Energiepreisdeckel und Übergewinnsteuer haben derzeit in der Bevölkerung hohe Zustimmungswerte. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten repräsentativen Umfrage (1.048 Befragte), die das Meinungsforschungsinstitut Kantar im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt hat.

56 Prozent aller Befragten sprechen sich für die Einführung eines Energiepreisdeckels aus (39 Prozent dagegen), wenn dieser die Kosten für den Grundverbrauch an Gas und Strom der Privathaushalte deutlich senkt. Ein derartiger Energiepreisdeckel findet dabei unter Anhänger*innen fast aller Parteien (Ausnahme: AfD) große Zustimmung, am stärksten bei Anhänger*innen der Partei DIE LINKE die sich seit Langem dafür ausspricht. Doch selbst unter den FDP-Anhänger*innen befürworten mehr als 60 Prozent ein solches Modell.

Auch im Hinblick auf die Gegenfinanzierung gibt es klare Werte. Knapp drei Viertel der Befragten (72 Prozent) sprechen sich für die Einführung einer sogenannten Übergewinnsteuer aus, um Unternehmen, die von der Marktentwicklung in der gegenwärtigen Krise profitieren, stärker zu besteuern. Und das quer über alle Parteipräferenzen hinweg. Hier liegen die Zustimmungswerte zwischen 96 Prozent (DIE LINKE) und 53 Prozent (FDP).

Diese Mehrheiten für die Einführung eines Energiepreisdeckels sowie einer Übergewinnsteuer spiegeln sich jedoch nicht in der aktuellen Politik der Ampelregierung wider.

SPD, Grüne und FDP schaffen es nicht, wirksame Entlastungsmaßnahmen zu verabschieden, die vor allem den Haushalten mit geringen Einkommen angesichts von Inflation und massiven Kaufkraftverlusten ausreichend helfen. Das hängt vor allem mit der Position der FDP zusammen, die weder neue Steuern noch neue Schulden möchte. SPD und Grüne verstecken sich in dieser Frage hinter der FDP und setzen dem nichts entgegen. Es braucht daher den Druck aus der Zivilgesellschaft und von den Wähler*innen, um die Regierung zu weiter gehenden Maßnahmen zu bewegen – oder um zumindest die Stimme deutlich gegen diese unverantwortliche unsoziale Politik zu erheben. Die Vorsitzenden der LINKEN, Jannine Wissler und Martin Schirdewan, sowie die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Amira Mohamed und Dietmar Bartsch, haben gemeinsam wiederholt gefordert, sowohl einen Gas- bzw. Energiepreisdeckel als auch eine Übergewinnsteuer einzuführen.

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG IM EINZELNEN

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat das Meinungsforschungsinstitut Kantar eine bundesweite repräsentative Umfrage (1.048 Befragte) durchgeführt:

Auf die Frage «Was halten Sie von dem Vorschlag, einen Energiepreisdeckel einzuführen, der den Grundverbrauch der Privathaushalte an Strom und Gas zu deutlich günstigeren Kosten als aktuell garantiert und der im Gegenzug überdurchschnittlichen Verbrauch an Strom und Gas für Privathaushalte deutlich verteuert?» sprechen sich 56 Prozent aller Befragten dafür aus, nur 39 Prozent dagegen.

Abbildung 1: Deutliche Mehrheit für Energiepreisdeckel

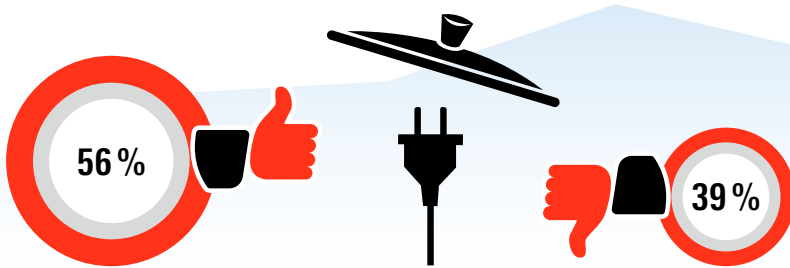


Tabelle 1: Zustimmungswerte nach Haushaltseinkommen

| | | |
|---------------------------------|---------|-----|
| Haushaltseinkommen bis 1.500 € | dafür | 55% |
| | dagegen | 42% |
| Haushaltseinkommen bis 2.500 € | dafür | 54% |
| | dagegen | 45% |
| Haushaltseinkommen bis 3.500 € | dafür | 65% |
| | dagegen | 33% |
| Haushaltseinkommen über 3.500 € | dafür | 59% |
| | dagegen | 36% |

Differenz zu 100 Prozent: «weiß nicht/k. A.»

Personen mit höherem Einkommen stimmen dem sogar noch deutlicher zu als Geringverdiener*innen. Eine [Studie](#) der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus dem Frühsommer 2022 zeigte bereits, dass die Zustimmung zu diesem Vorschlag beim Wähler*innenpotenzial der LINKEN – insbesondere im sozial-ökologischen Feld, vor allem aber unter Geringverdiener*innen – besonders hoch ist (76 Prozent).

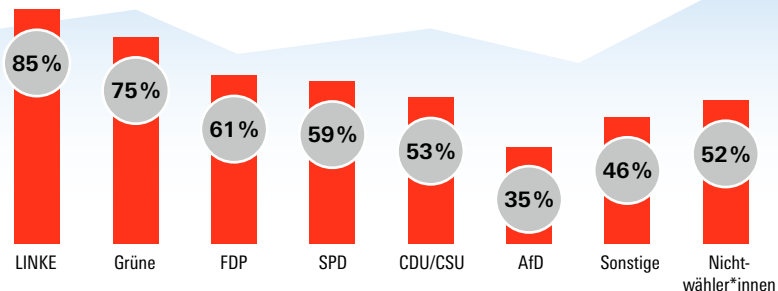
Tabelle 2: Zustimmungswerte nach Wohnort

| | | |
|--|---------|------|
| Ortsgröße bis 5.000 Einwohner*innen | dafür | 62 % |
| | dagegen | 38 % |
| Ortsgröße bis 20.000 Einwohner*innen | dafür | 34 % |
| | dagegen | 57 % |
| Ortsgröße bis 100.000 Einwohner*innen | dafür | 45 % |
| | dagegen | 53 % |
| Ortsgröße bis 500.000 Einwohner*innen | dafür | 59 % |
| | dagegen | 33 % |
| Ortsgröße über 500.000 Einwohner*innen | dafür | 65 % |
| | dagegen | 32 % |

Differenz zu 100 Prozent: «weiß nicht/k. A.»

Die neue Befragung zeigt, dass ein derartiger Energiepreisdeckel unter Anhänger*innen fast aller Parteien (Ausnahme: AfD) große Zustimmung findet, am stärksten bei Anhänger*innen der LINKEN, die sich seit Langem dafür ausspricht. Doch selbst unter den FDP-Anhänger*innen befürworten mehr als 60 Prozent ein solches Modell.

Abbildung 2: Zustimmungswerte nach Parteienpräferenz



Zur Gegenfinanzierung eines solchen Gas- bzw. Energiepreisdeckels könnte eine Übergewinnsteuer dienen. Zahlreiche Länder haben unterschiedliche Modelle einer solchen Steuer bereits eingeführt. Eine [Studie](#) des Netzwerks Steuergerechtigkeit im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat diese Modelle ausgewertet und Möglichkeiten und Varianten für Deutschland durchgespielt. Nach Berechnungen der Autoren ergeben sich aus den deutschen Verbrauchswerten rechnerisch Extraprofiten für die Mineralölkonzerne und Stromproduzenten von rund 110 Milliarden Euro in einem Jahr. Diese Übergewinne könnten – je nach Ausgestaltung und Höhe des Steuersatzes (25, 50 oder 90 Prozent) – der öffentlichen Hand hierzulande Einnahmen von rund 30 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr einbringen, wie folgende Tabelle aus unserer Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit (Trautvetter/Fehrenbach 2022: 5) zeigt.

Tabelle 3: Geschätzte Jahreseinnahmen aus einer Übergewinnsteuer in Deutschland

| In Mrd. Euro | Über- gewinn | Einnahmen aus Übergewinnsteuer | | |
|-----------------------------------|-----------------|--------------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | | Steuersatz (25 Prozent) | (Steuersatz 50 Prozent) | (Steuersatz 90 Prozent) |
| Öl | 38 | 9,5 | 19 | 34,2 |
| Gas | 25 | 6,3 | 12,5 | 22,5 |
| Strom (ohne Öl, Gas, Kohle) | 50 | 12,5 | 25 | 45 |
| Gesamt | 113 | 28,3 | 56,5 | 101,7 |

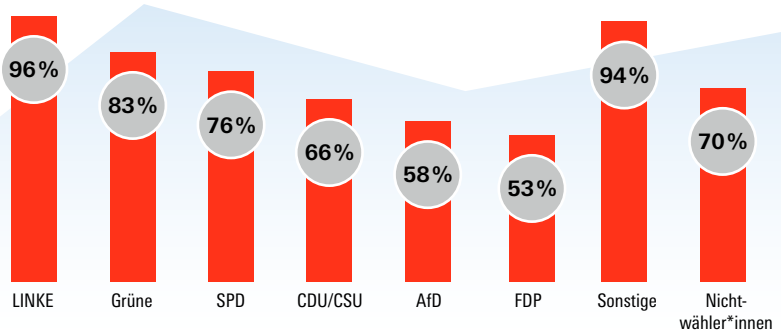
Auf die Frage «Was halten Sie von dem Vorschlag einer sogenannten Übergewinnsteuer, die Unternehmen, die von der Marktentwicklung in der gegenwärtigen Krise stark profitieren, stärker besteuert?» sprechen sich 72 Prozent aller Befragten dafür aus, nur 21 Prozent dagegen.

Abbildung 3: Deutliche Mehrheit für Übergewinnsteuer



Auch hier gibt es eine hohe Zustimmung quer über alle Parteipräferenzen hinweg. Erneut ist die Zustimmung am stärksten bei Anhänger*innen der LINKEN, die sich vehement für eine solche Steuer einsetzt. Aber selbst Anhänger*innen der FDP können sich mehrheitlich damit anfreunden.

Abbildung 4: Zustimmung nach Parteienpräferenz



Eine Übergewinnsteuer trifft dabei vor allem unter Geringverdiener*innen auf höchste Zustimmung – doch auch Menschen mit höheren Einkommen sind deutlich dafür.

Tabelle 4: Zustimmungswerte nach Haushaltseinkommen

| Haushaltseinkommen bis 1.500 € | Haushaltseinkommen bis 2.500 € | Haushaltseinkommen bis 3.500 € | Haushaltseinkommen über 3.500 € |
|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|---------------------------------|
| 86% | 83% | 77% | 69% |

DURCH ÜBERGEWINNE GAS- UND ENERGIEPREISDECKEL FINANZIEREN

Rasant steigende Energiepreise aufgrund geringerer Gaslieferungen und steigender Weltmarktpreise einerseits und satte Krisen- und Kriegsgewinne von Energie- und Ölkonzernen andererseits markieren eine konfliktträchtige gesellschaftliche Situation. Eine aktuelle Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt: Aus dem Preisanstieg – seit Kriegsbeginn sind die Preise beim Öl um etwa 50 US-Dollar pro Fass und bei Gas um etwa acht Euro pro mMBTU (million British thermal units) gestiegen (Stand Juli 2022) – ergeben sich aus den deutschen Verbrauchswerten rechnerisch Übergewinne von 38 Milliarden Euro (Öl) bzw. 25 Milliarden Euro (Gas) für ein Jahr. Bei den Produzenten von Strom aus Atomkraft und erneuerbaren Energien entstehen aus dem Preisanstieg um 140 Euro pro Megawattstunde (MWh) zusätzliche Übergewinne von etwa 50 Milliarden Euro – ein großer Teil davon bei den vier großen Stromkonzernen (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall) –, ohne dass sich ihre Produktionskosten verteuert hätten.

Ab dem 1. Oktober 2022 kommt nun die Gasumlage in Höhe von aktuell 2,419 Cent pro Kilowattstunde (kWh) Gas hinzu. Die Umlage sattelt auf die seit Herbst 2021 ohnehin stark angestiegenen Gaspreise auf. Um die Endkund*innen zu entlasten, hat Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigt, die Mehrwertsteuer auf den Gasverbrauch von 19 auf 7 Prozent zu senken. Das würde die Mehrkosten der Gasumlage – je nach Gaspreishöhe – aber nur zum Teil ausgleichen.

Die Bundesregierung hatte zwar kommuniziert, dass mit dem Geld Importeure, die nun Gas zu viel höheren Preisen beschaffen müssen, vor drohenden Insolvenzen gerettet werden sollen, um die gesamte Gaslieferkette über die Stadtwerke hin zu den privaten Verbraucher*innen nicht zu gefährden. Doch tatsächlich ist die Insolvenzgefahr keine Voraussetzung, um Anspruch auf Mittel aus der Gasumlage zu haben. Auch Unternehmen, die in anderen Sparten satte Gewinne machen oder über hohe Rücklagen verfügen, können Anträge stellen und Milliarden erhalten. Denn es bleibt unberücksichtigt, dass die Mutterunternehmen der Importeure teils über andere Geschäftsfelder (Strom, Erdöl) enorme leistungslose Extraprofite einfahren konnten. Die Regierung hat angekündigt, an dieser Stelle nachzubessern. Wie und wie umfassend das geschehen soll, ist aber noch gänzlich unklar.

Dagegen werden die Wärmekosten für die privaten Haushalte enorm steigen. Von 41 Millionen privaten Haushalten in Deutschland heizen 21 Millionen (52 Prozent) mit Gas. Sie verbrauchen rund 240 Terrawattstunden (TWh) im Jahr, 2021 haben sie dafür insgesamt etwa 17 Milliarden Euro bezahlt. Bei einem durchschnittlichen Haushaltsverbrauch von 11.500 kWh und einem Gaspreis von durchschnittlich 7 Cent pro kWh waren das rund 805 Euro im Jahr. Für Neukund*innen lag der Gaspreis Ende August 2022 bei unfassbaren 34,1 Cent je kWh. Dieser Preis allerdings entspricht nicht dem, was Bestandskund*innen (nach-)zahlen müssen. In deren Preis gehen für das laufende Jahr auch die zunächst niedrigeren Preise in der ersten Hälfte des Jahres ein. Als Beispiel wird darum ein durchschnittlicher Gaspreis für Bestandskunden von brutto rund 18 Cent pro kWh angenommen: Die Haushalte bezahlen dann für die gleiche Leistung im Durchschnitt 2.070 Euro (ohne Gasumlage), insgesamt entspricht dies rund 43 Milliarden Euro. Durch die von der Bundesregierung eingeführte Gasumlage kommen für den Durchschnittshaushalt noch einmal fast 300 Euro im Jahr dazu (2,4 Cent pro kWh plus MwSt.). Hinzuzurechnen sind die Gasspeicherumlage und die Bilanzierungsumlage (0,1 bzw. 0,6 Cent/kWh plus MwSt.) – beide ebenfalls neu eingeführt –, macht noch einmal 86 Euro. Zudem rechnen Energiekonzerne damit, dass die Preise im kommenden Jahr 2023 erneut um 30 Prozent ansteigen werden.

Mit der Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas reagiert die Bundesregierung auf die massive Kritik an der Gasumlage. Wie gesagt, gleicht die Steuersenkung die Mehrkosten der Gasumlage für private Haushalte allerdings nicht aus. Bei einem angenommenen Bruttogaspreis von 18 Cent je kWh packt die Gasumlage von 2,6 Cent je kWh (inkl. 7 Prozent MwSt.) rund 17 Prozent mehr obendrauf – die Senkung der Mehrwertsteuer auf den gesamten Gaspreis (inkl. Umlagen) von 19 auf 7 Prozent verringert die Kosten aber nur um 12 Prozent (2,57 Cent inkl. 7 Prozent MwSt). Und an der Mehrbelastung von fast 11 Cent je kWh durch die bisherigen Preiserhöhungen ändert sich gar nichts.

Die Not durch die drohende Mehrbelastung beschränkt sich dabei nicht auf die unteren Einkommensgruppen: Auch Teile der Mittelschicht geraten finanziell unter Druck. Aktuell entsteht eine gefährliche Mischung aus Abstiegsängsten, Verzweiflung und ungekannter Energiearmut.

Doch die Regierung ergreift nur unzureichende Ausgleichsmaßnahmen, die verteilungspolitisch meist nicht zielgenau die wirklich Notleidenden erreichen. Auch in ihrem Volumen bleiben sie deutlich hinter den Rettungspaketen der Pandemiekrise oder den 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der

Bundeswehr zurück. Begründet wird dies mit der vermeintlich notwendigen Rückkehr zur Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023. Die Regierung steuert in eine fatale Sackgasse: Die Ampel hält an der Schuldenbremse fest, will aber auch nicht an die Extraprofite der Konzerne ran, um tatsächlich ausreichende Entlastungsmaßnahmen zu finanzieren. Schließlich seien im Koalitionsvertrag mit der FDP keine neuen Steuern vereinbart worden. Da wusste allerdings noch niemand vom Krieg in der Ukraine, der Energiepreiskrise und der angebotsgetriebenen Inflation. Das Argument hinkt also. Nun hat die SPD den Willen für einen Gasdeckel und eine Übergewinn verkündet und übernimmt hier Positionen, wie sie in der LINKEN vertreten werden – freilich noch ohne die Koalitionspartner gefragt zu haben.

Das Modell eines Energiepreisdeckels

Dabei gibt es ausgearbeitete Alternativen: Zur Linderung der Folgen steigender Energiepreise, vor allem für Haushalte mit geringen Einkommen, liegen unterschiedliche Modelle für einen Gas- oder Energiepreisdeckel vor. Schon vor zehn Jahren hat die LINKE ein Sockelpreismodell im Endkundenbereich für Strom vorgeschlagen: Die Energieversorger werden dazu verpflichtet, jedem Privathaushalt ein kostenloses (oder günstiges), an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom anzubieten, der Grundpreis entfällt. Die Einnahmeausfälle der Stromversorger werden auf den darüber hinausgehenden Stromverbrauch umgelegt. Die Kilowattstunde Strom über dem kostenlosen Sockel wäre also teurer als heute bzw. teurer, als sie vor dem steilen Energiepreisanstieg vor Beginn des Krieges in der Ukraine war. Das Modell würde eine Grundversorgung mit Strom sicherstellen und gleichzeitig Anreize zur Einsparung von Strom setzen (vgl. [Fact Sheet der Rosa-Luxemburg-Stiftung](#)). Lange Zeit wenig beachtet, nehmen nun auch die Caritas, der DGB und der ÖGB oder das sozial-ökologische Konzeptwerk Neue Ökonomie sowie [attac Österreich](#) ähnliche Positionen zum Energiepreisdeckel ein.

Aber wäre das nicht ein Eingriff in die freie Preisbildung auf dem Markt? Staatliche Preiskontrolle ist nichts Ungewöhnliches. Bis 2007 gab es in Deutschland zum Beispiel die (allerdings schlecht funktionierende) staatliche Preisaufsicht für Strompreise. Auch die Post muss sich ihre Preiserhöhungen fürs Briefporto bis heute staatlich genehmigen lassen. Tatsächlich wurde anlässlich der jüngsten Preisentwicklung bei Gas in 9 von 27 Ländern der Europäischen Union (darunter Frankreich, Spanien, Portugal und Belgien) inzwischen ein Gaspreisdeckel eingeführt. Der Staat legt eine Obergrenze für den Gaspreis fest, den private Haushalte zu zahlen

haben. Die Deckelung kann über die Festlegung eines Maximalbetrags für die Kilowattstunde erfolgen oder über eine Begrenzung der prozentualen Preiserhöhung.

In der Regel muss der Staat das Geld, das den Versorgern durch einen Preisdeckel fehlt, zuschießen – denn die Versorger müssen das Gas ja trotzdem zu den hohen Preisen einkaufen. Dies sollte der Staat aber erst tun, wenn die Gewinne der Versorger aus anderen Geschäftsfeldern gegengerechnet oder Rücklagen aus früheren Jahren aufgebraucht worden sind, um überhöhte Profitraten auszuschließen. Alternativ oder ergänzend schöpft der Staat Übergewinne ab.

Grundsätzlich ist das also möglich. Die Bremer LINKE hat das ursprünglich für Strom gedachte Konzept der Partei für die Gasversorgung aktualisiert und schlägt ein Modell mit drei Varianten für einen Gaspreisdeckel vor (DIE LINKE Bremen 2022):

Variante 1 deckelt einfach den Preis für Gas für die Haushalte. Im Gegenzug erhalten die Gasversorger einen staatlichen Ausgleichsbetrag. Der Bedarf dafür muss natürlich kalkulatorisch nachgewiesen werden.

Variante 2 deckelt den Preis für ein Grundkontingent an Verbrauch (z. B. 8.000 kWh für das erste Haushaltsmitglied, 4.000 kWh für jedes weitere), nicht für darüber hinausgehende Verbräuche. Damit wären die Ziele der sozialen Staffelung und des Sparanreizes gerade für wohlhabendere Haushalte erfüllt. Der erforderliche Zuschussbetrag würde sich reduzieren, da ein höherer Verbrauch nicht subventioniert wird. Die Haushalte müssten in dieser Variante die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen an ihren Versorger übermitteln (was im Fall einer stichprobenartigen Überprüfung dem Abgleich mit der Meldebestätigung standhalten müsste). Die Versorger würden entsprechend nach einem gesplitteten Tarif abrechnen: günstigerer Preis für das Grundkontingent, höherer Preis für den darüber liegenden Verbrauch.

Variante 3 wäre das anreizstärkste Modell: Der staatliche Zuschuss beträgt nur 80 Prozent der Absenkung für das Grundkontingent – die anderen 20 Prozent werden auf die höhere Preisstufe draufgeschlagen, die für einen höheren Verbrauch fällig wird. Auf diese Weise würden sich Haushalte mit höherem Verbrauch (also die wohlhabenderen Haushalte, die mit weniger Personen auf mehr Fläche wohnen) an der Subventionierung des Grundkontingents beteiligen und selbst einen Teil ihres Subventionsbetrags zurückgeben. Billiger als ohne Deckelung wäre es trotzdem für alle.

Wie gesagt: Ein solches Modell eines Energiepreisdeckels lässt sich nicht nur für Gas, sondern auch für Strom einführen – übrigens auch auf Landesebene, wie die Bremer LINKE betont. Am einfachsten ist das bei öffentlichen Versorgern wie Stadtwerken umzusetzen. Daher sollte die Energieversorgung – wo möglich und sinnvoll – rekommunalisiert bzw. in öffentliche Hand überführt werden.

LITERATUR

Attac Österreich (2022):
Energie. Garantiert. Gerecht,
Wien, unter: www.attac.at/kampagnen/energie-garantiert-gerecht.

Candeias, Mario (2022):
Eine Partei mit Zukunft:
DIE LINKE. Ergebnisse einer
repräsentativen Befragung zum
Wähler*innenpotenzial der
LINKEN, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46565/eine-partei-mit-zukunft-die-linke.

Caritas (2022):
Energiekrise: Caritas fordert
Notfallfonds und Energiepreis-
deckel, 10.8.2022, unter: www.caritas-dicvhildesheim.de/pressemittelungen/energiekrise-caritas-fordert-notfallfonds-und-ener/2265851/#:~:text=Der%20Grundbedarf%20privater%20Haushalte%20muss,sollte%20nach%20Haushaltsg%C3%B6%C3%9F%20und%20ggf.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2022):
«Wir brauchen dringend einen
Energiepreisdeckel für Privathaushalte», 19.7.2022, unter: www.dgb.de/themen/++co++4caff99ebf77-11ec-81c4-001a4a160123.

DIE LINKE Bremen (2022):
Eine Gaspreisbremse zum Schutz
der Verbraucher*innen einführen –
auf Bundesebene oder im Land

Bremen, 22.8.2022, unter:
www.linksfraktion-bremen.de/fileadmin/linksfraktion/Linksfraktion_Strategiepapier_Gaspreisdeckel.pdf.

Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) (2022):
Überlaufende Energiekosten:
Wo bleibt der Preisdeckel?, o. D.,
unter: www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/wohnen/ueberlaufende-energiekosten--wo-bleibt-der-deckel-.

**Trautvetter, Christoph/
Kern-Fehrenbach, David (2022):**
Kriegsgewinne besteuern. Ein
Beitrag zur Debatte um Überge-
winnsteuern, hrsg. vom Netzwerk
Steuergerechtigkeit, im Auftrag
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
unter: www.rosalux.de/publikation/id/46854/uebergewinnsteuer.

**Wissler, Janine/Schirdewan,
Martin/Mohamed Ali, Amira/
Bartsch, Dietmar (2022):**
Fünf Punkte gegen die drohende
Gaskrise und drastisch steigende
Preise, 17.7.2022, unter: www.die-linke.de/start/detail/fuenf-punkte-gegen-die-drohende-gaskrise-und-drastisch-steigende-preise/.

Witt, Uwe (2022):
Fact Sheet Gasumlage und Gas-
preisdeckel, hrsg. von der Rosa-
Luxemburg-Stiftung, Berlin.